

KONSUMENTENSTIMME

Fakten, Zahlen und Hintergründe

Editorial

Digitalisierung



Felix Schneuwly, Head of Public Affairs

Anders als nach dem Lockdown-Ende im Sommer 2020 plant der Bundesrat die Rückkehr in die Normalität wesentlich besser. Auch wir haben genug von Corona und schauen in die Zukunft.

Unser Digital-Experte **Jean-Claude Frick** erklärt auf Seite 1, warum Länder wie Dänemark, Estland oder Taiwan in Sachen Digitalisierung viel weiter sind als wir. Er kommt zum Schluss, dass unser Perfektionismus ein Grund für den Rückstand ist.

Franz Moggi, Leiter des Klinisch Psychologischen Dienstes an der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Uni Bern, schildert auf Seite 2 die Beanspruchung des Gesundheitswesens auch nach der Überwindung der Corona-Krise, denn soziale Netzwerke sind ausgedünnt und die wirtschaftlichen Folgen zeigen weiterhin Wirkung auf die psychische Gesundheit.

Auf Seite 3 stellt **Monika Bütler**, Mitglied der wissenschaftlichen Covid-Taskforce, fest, dass es sinnvoll ist, die kaum versicherbaren Risiken von Extremsituationen teilweise beim Staat zu belassen, nur schon weil jede Krise wieder anders ist. Dann wendet sie sich zwei schon länger bekannten Risiken zu. Das ist die Unterfinanzierung der Sozialwerke – insbesondere der Altersvorsorge – und der Klimawandel.

Spitalapotheker **Enea Martinelli** hat schon lange vor Corona auf Lieferengpässe bei Medikamenten aufmerksam gemacht. Er macht auf Seite 4 sowohl Markt- als auch Regulierungsversagen für den Missstand verantwortlich, insbesondere die Preispolitik des Bundes.

Ich wünsche viel Vergnügen bei der Lektüre.

Digitalisierung: Die Schweiz im Rückstand

Die Schweiz ist bei der Digitalisierung nicht da, wo sie zu sein glaubte. Die Corona-Pandemie hat grosse Lücken offenbart und deckt Versäumnisse der Vergangenheit schonungslos auf. Eine Auslegeordnung, wo Nachholbedarf besteht und wo die aktuelle Krise die Digitalisierung beschleunigt hat.

Jean-Claude Frick. Bis Corona währte man sich in der Schweiz auf der sicheren Seite, was die Digitalisierung der Gesellschaft anging. Viele dachten, ein so modernes und reiches Land wie die Schweiz muss zwangsläufig auch bei Zukunftstechnologien und den damit einhergehenden Veränderungen im Staat ganz vorne dabei sein.

Spätestens seit dem Frühling 2020 und der Anekdote um die Übermittlung positiver Corona-Testresultate per Fax wurde auch einer breiten Öffentlichkeit bewusst, dass wir in gewissen Bereichen noch agieren wie vor 30 Jahren. Doch woher kam die weit verbreitete Überzeugung, alles im Griff zu haben?

Digitalisierung wird bei uns gerne mit Infrastruktur verwechselt. Man kann zwar in der Schweiz schon grossflächig 5G nutzen und sogar in den Bergen Telefongespräche in glasklarer Qualität führen und schnell per ÖV von A nach B gelangen. Suche ich mir aber einen neuen Hausarzt, schleppe ich oft kiloweise Akten mit, da es selbst 2021 noch kein digitales Patientendossier gibt. Behördengänge und der Datenaustausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat sind also weiterhin analog.

Digitalisierung ist nicht in erster Linie eine Frage der Infrastruktur, sondern auch eine Frage des Mindsets von Politikerinnen und Politikern und der Bevölkerung. Als leuchtendes Beispiel, wie gut sich das Gesundheitswesen digitalisieren liesse, wird gerne Dänemark herangezogen. Dort sind digitale Dossiers in beinahe jedem Bereich seit Jahren eine Selbstverständlichkeit und mit der Krankenkassenkarte gibt man dem Arzt bei Bedarf auch gleich den Zugriff auf die eigene Gesundheitsakte.

Warum ist man dort so viel weiter als bei uns? Einerseits hat Dänemark, aber auch Länder wie Estland oder Taiwan, früh den Wert einer möglichst durchgängigen Digitalisierung erkannt und dabei die Bevölkerung von Anfang an eingebunden. Sobald die persönlichen Vorteile einer digitalen Lösung dem Einzelnen plausibel gemacht werden, steigt die Bereitschaft, bekannte Gewohnheiten zu ändern.

Was uns in der Schweiz ebenfalls behindert, ist der Wunsch nach perfekter Umsetzung. Tests werden kaum gewagt. Der Anspruch, an alles gedacht zu haben, verzögert Digitalisierungsprojekte und macht sie viel teurer.

Dass es auch mal schnell gehen kann, hat die SwissCovid-App im letzten Sommer bewiesen. Die der App zugrunde liegende Technologie wurde in der Schweiz erfunden und von Apple und Google weltweit zur Verfügung gestellt.

Doch trotz des lückenlosen Datenschutzes stagniert die Nutzung der App seit Monaten.

Weshalb? Weil von Anfang an versäumt wurde, der Bevölkerung den Nutzen der App darzulegen. Verbunden mit anfänglichen Schwierigkeiten bei der Ausgabe der Covid-App-Codes hatte die App schnell den Ruf, nichts zu taugen.

Digitalisierung geht nicht ohne Kommunikation und Aufklärung. Kein System ist per se gut. Der Erfolg lässt sich erst mit der Nutzung durch die Bevölkerung messen.

Die digitalen Herausforderungen der Schweiz lassen sich nur lösen, wenn allen klar die Vor- und Nachteile neuer Lösungen aufgezeigt werden. Und weil Digitalisierung immer auch dynamisch ist, werden Fehler passieren. Und das muss erlaubt sein.

«Digitalisierung darf nicht mit Infrastruktur verwechselt werden. Ist die Schweiz bei Letzterem top, mangelt es bei Ersterem an allen Ecken und Enden.»

Jean-Claude Frick,
Digital-Experte von Comparis



Corona als Stresstest für die Psyche

Die Dynamik der Pandemie und die drastischen Massnahmen sind starke Stressfaktoren, die hohe Anpassungsleistungen verlangen. Als Herausforderung, Bedrohung oder Verlust wahrgenommen, fördern sie psychische Störungen, wie die stark erhöhte Inanspruchnahme psychiatrischer und psychosozialer Angebote zeigt.



«Die Pandemie fordert die individuelle Anpassungsfähigkeit intensiv heraus.»

Franz Moggi, Chefspsychologe der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie Bern

Franz Moggi. Eine Pandemie und ihre Dynamik, die politisch beschlossenen Massnahmen dagegen sowie deren weitreichenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen haben selbstverständlich auch Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. Einige Indikatoren erhöhter psychischer Belastung sind die Zunahme von Suizidalität bei Jugendlichen, eine deutlich erhöhte Inanspruchnahme psychiatrischer und psychotherapeutischer Angebote sowie die Zunahme bestimmter psychischer Störungen. Allerdings sind das lediglich subjektive Beobachtungen vieler im Gesundheitswesen Tätiger. Objektive Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen stehen wahrscheinlich erst nach der Pandemie zur Verfügung.

Die Häufigkeit der Covid-19-Ansteckungen und -Erkrankungen lassen sich in Abhängigkeit von den getroffenen Massnahmen und vom Lebensalter mit einer gewissen Zeitverzögerung epidemiologisch nachzeichnen und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit vorhersagen. Genauso können auch psychische Erkrankungen im Zusammenhang mit Covid-19 beschrieben und prognostiziert werden.

Die Pandemie und die Massnahmen sind starke dynamische sowie schwer vorherseh-

und kontrollierbare Stressoren, die die individuelle Anpassungsfähigkeit intensiv herausfordern. Das beansprucht nicht nur bei vulnerablen und vorbelasteten, sondern auch bei psychisch gesunden Menschen die persönlichen (z. B. Bewältigungsfähigkeit) und sozialen Ressourcen (z. B. Freunde) stark und wird subjektiv als herausfordernd, bedrohlich oder als Verlust eingeschätzt. Beispielsweise werden die sozialen Ressourcen durch die Massnahmen so stark beschränkt, dass sie als Verlust der persönlichen Freiheit empfunden werden und zu Vereinsamung führen können.

Psychologisch betrachtet muss man zwischen den ersten beiden Pandemiewellen sowie zwischen den Generationen Kinder und Jugend, Erwachsene und «Pensionierte» unterscheiden. Während in der ersten Welle die älteren Generationen vorwiegend mit Angst und Depression auf die virale Lebensbedrohung (keine Impfung in Sicht) und den Verlust sozialer Kontakte reagierten, war die Situation für die mittleren und jüngeren Generationen zunächst eine Herausforderung (z. B. Kinderbetreuung, Schulunterricht und Arbeit im Homeoffice), später eine Bedrohung (z. B. Zunahme von familiären Konflikten, schulische Leistungsängste bei Kindern). In der Alters-

psychiatrie wurde eine Zunahme von Depressionen festgestellt, während bei den anderen Generationen häufiger Angststörungen vorkamen und sich bei vulnerablen Menschen oder behandelten Patientinnen und Patienten psychische Störungen erstmals manifestierten bzw. verstärkten. Die Unvorhersehbarkeit der Pandemiedynamik und die drastischen Einschränkungen der Wirtschaft, der sozialen Ressourcen und persönlicher Freiheiten führten um Monate verzögert zur erhöhten Inanspruchnahme stationärer und ambulanter Therapieangebote. Der «Pandemiestress» wirkte erst auf längere Sicht krankmachend.

Deswegen waren viele psychiatrische Kliniken und psychologische Praxen gegen Ende der ersten und zwischen den beiden Pandemiewellen überfüllt und konnten die Nachfrage nicht decken. Wegen der Lockerungen der Massnahmen im Spätsommer und der Impfkündigung im Herbst war die Hoffnung zunächst gross. Mit den Massnahmen in der zweiten Welle, den «verpassten» Weihnachten, Neujahr und weitgehenden Einschränkungen wurde sie aber wieder zunichtegemacht. Die älteren Generationen werden seit Winter zwar geimpft, aber für die anderen sind die Aussichten trotz Impfung bis in den Sommer weniger rosig, droht doch eine dritte Welle mit den nun hinlänglich bekannten Folgen. Deshalb ist die Beanspruchung des Gesundheitswesens nach wie vor hoch und wird auch nach der Überwindung von SARS-CoV-2 noch anhalten. Soziale Netzwerke sind ausgedünnt und die wirtschaftlichen Folgen zeigen weiterhin ihre Wirkung auf die psychische Gesundheit.

Und was macht die dritte Welle mit uns? Testen und impfen wird sie brechen, so dass die Hilflosigkeit, auf die einige heftig reagieren (z. B. Demonstrationen, Jugendkrawalle), Hoffnung und Zuversicht weichen wird. Monate bis Jahre nach der Pandemie werden wir die Vorteile des Homeoffice dann vermissen.

Junge fallen bei der IV überproportional ins Gewicht



Quelle: BSV / Avenir Suisse

comparis.ch

Baustellen der Steuern und Sozialabgaben

Vorsorge für Selbstständige, Heiratsstrafe und die Unterfinanzierung der Sozialwerke: Die Pandemie hat den Finger auf die Lücken und nötigen Reformen des Steuer- und Sozialversicherungssystems der Schweiz gelegt.

«Es braucht Reformen bei Steuern und Sozialabgaben – aber nicht wegen Corona.»



Prof. Dr. Dr. h.c. Monika Bütler,
selbstständige Ökonomin

Monika Bütler. Die SARS-CoV-2-Pandemie hat den Staat in einer bisher unbekanntem Art herausgefordert. Neben den direkten gesundheitlichen Kosten verschlingt die soziale Absicherung der wirtschaftlich Betroffenen fast schon astronomische Summen. Alleine die Kurzarbeit schlägt mit rund 10 Mia. zu Buche. Es erstaunt daher nicht, dass sich der Finanzminister sorgt, während andere Exponentinnen und Exponenten über eine zusätzliche Belastung der sogenannten Krisengewinner nachdenken.

Dennoch: Das Steuer- und Sozialversicherungssystem der Schweiz hat sich weitgehend bewährt. Mit gewissen Lücken zwar, die schon vor der Pandemie hätten diskutiert werden müssen. Gleichzeitig bildete die moderate Verschuldung die Basis für eine Ad-hoc-Pandemieversicherung. So konnten die Extraausgaben der Kurzarbeitsentschädigungen aus den Reserven beglichen werden – ganz im Sinne eines Extremszenarios.

Eine Extrasteuer für Krisengewinner? Die haben wir bereits: Das austarierte und demokratisch mehrfach legitimierte Modell nennt sich progressives Steuersystem. Wer in der Krise gewonnen hat, leistet ganz automatisch einen höheren Beitrag an die Bewältigung der Krise. Der Charme automatischer Stabilisatoren bei Steuern und Sozialversicherungen ist, dass sie uns schwierige Diskussionen ersparen.

Alles perfekt? Nicht ganz, es gibt Lücken und – viel wichtiger – anstehende Reformen, die nicht vergessen werden dürfen.

Zu den Lücken: Die Krise hat die prekäre Vorsorgesituation der Selbstständigen klar sichtbar gemacht. Für Erwerbstätige, die weder angestellt noch wirklich selbstständig sind (zu denen auch viele aus dem Kulturbereich gehören), müsste es eine Art der Absicherung der Erwerbslosigkeit geben, während bei den «traditionell» Selbstständigen eine weitgehende Selbstversicherung des Ausfallrisikos zur unternehmerischen Freiheit gehört.

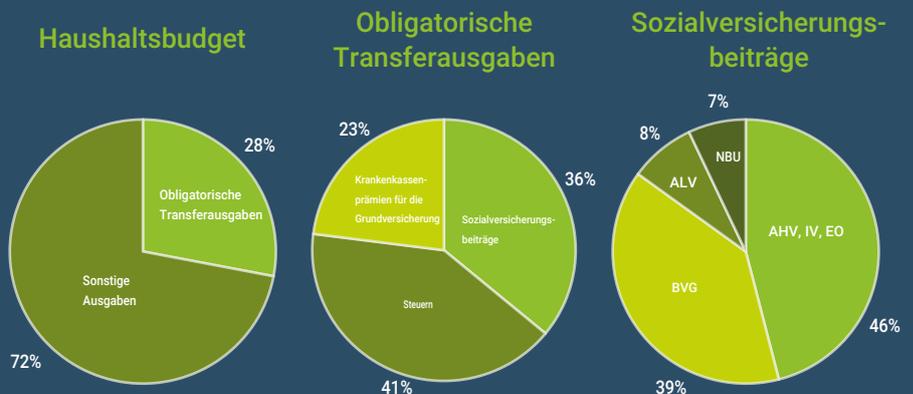
Eine institutionalisierte Kurzarbeitsentschädigung für das Kapital hätte hingegen heikle Anzeizeffekte für die Vorsorge. So ist es sinnvoll, die Versicherung des Risikos «Unterbeschäftigung des Kapitals» teilweise beim Staat zu belassen und auf Extremsituationen (z. B. Pandemien) zu beschränken.

Zu den Reformen: Zu den Verliererinnen der Krise gehören die Frauen, man spricht nicht von ungefähr von einer She-cession. Umso störender ist es, dass durch die implizite hohe Besteuerung des Zweitverdienstes – also meist der Frau – einem Wiedereinstieg finanzielle Steine in den Weg gelegt werden. Ein Übergang zu einer Individualbesteuerung würde nicht nur diese Hindernisse beseitigen, sondern auch zu einer Erholung der wirtschaftlichen Aktivitäten beitragen.

Zu den längst bekannten Baustellen gehören die Unterfinanzierung der Sozialwerke, insbesondere der Alterssicherung, sowie die ungenügende Internalisierung der externen Effekte im Klimawandel. In beiden Bereichen sind die ökonomisch effizientesten Anpassungen längst bekannt: eine CO₂Abgabe (mit Rückerstattung an die Bevölkerung) beim Klima, eine Erhöhung des Rentenalters (unter Berücksichtigung der Beitragsdauer) und eine Entpolitisierung des Umwandlungssatzes in der Alterssicherung.

Die in der Diskussion omnipräsente Besitzstandswahrung der Babyboomer hört sich angesichts der vielfältigen Lasten der Jungen doch eher zynisch an. Der Aufschub von Reformen belastet die junge Generation viel mehr als die Bewältigung der Pandemie.

Anteil Zwangsabgaben am durchschnittlichen Haushaltsbudget



Quelle: Bundesamt für Statistik (neuster Stand 2018)

Versorgungssicherheit

Die Sicherstellung der Versorgung mit Medikamenten beschränkt sich in der Schweiz auf lebenswichtige Arzneimittel. Dies greift jedoch deutlich zu kurz. Es besteht grosser Handlungsbedarf. Bund und Kantone verhalten sich zu passiv.

Enea Martinelli. Lieferengpässe sind ein internationales Problem mit einer starken lokalen Komponente. Leider kommen sie immer häufiger vor. Nicht nur das: Wichtige Medikamente, insbesondere für Gruppen wie Kinder, ältere Menschen mit Einschränkungen und für spezielle Situationen, verschwinden ganz vom schweizerischen Markt.

Lieferengpässe waren schon vor Ausbruch der Corona-Krise zahlreich, haben sich während der Krise zugespitzt und das Problem sichtbar gemacht. Dies gilt nicht nur für Medikamente der Akutversorgung, bei der insbesondere Antibiotika ein grösseres Problem darstellen. Genauso problematisch ist die Versorgung mit Medikamenten gegen chronische Krankheiten: Bei einer fehlenden Versorgung riskieren Epileptiker:innen epileptische Anfälle, Parkinson-Patient:innen eine Entgleisung der Krankheit. Mit Antidepressiva behandelte Patient:innen oder solche mit Herzinsuffizienz spüren die Folgen der Absetzung ihres Medikamentes sofort. Die Patient:innen sind eingestellt und darauf angewiesen, ihre Medikamente lückenlos einnehmen zu können. Ein plötzliches Absetzen ist nicht selten gefährlicher als die Krankheit selber.

Die Sicherstellung der Versorgung in der Schweiz basiert alleine auf dem Begriff der «Lebensnotwendigkeit», der im Landesversorgungsgesetz festgelegt ist. Man stellt unschwer fest,

«Lieferengpässe sind ein internationales Problem mit einer starken lokalen Komponente.»

Dr. pharm. Enea Martinelli, Vizepräsident Pharmasuisse, Betreiber der Website Drugshortage.ch, Chefapotheker Spitäler fmi AG



dass die Versorgung von chronisch Kranken in dieser Definition keinen Platz findet. Die Zuständigkeit verliert sich in der Abgrenzung zwischen Bund und Kantonen. Die Wirtschaft soll's richten. Dass das so nicht funktioniert, wissen wir mittlerweile. Zum Marktversagen kommt Regulierungsversagen hinzu.

Die Wiederherstellung der Versorgungssicherheit setzt eine intensive Diskussion darüber voraus, was denn nun überhaupt wichtige Medikamente sind. Diese Diskussion haben wir in der Schweiz nie geführt. Die Festlegung der Versorgungsrelevanz von Arzneimitteln ist ein dynamischer Prozess, der durch wissenschaftliche Erkenntnisse und sich verändernde Marktsituationen beeinflusst wird. Die Instrumente zur Versorgungssicherung sind vielfältig und hängen vom einzelnen Wirkstoff, der Zuverlässigkeit der Lieferketten und der Marktsituation ab.

Ohne die fundierte Auseinandersetzung mit diesem Thema lassen sich keine zielgerichteten Massnahmen ergreifen. Die Sicherstellung einer guten Versorgung ist keine Industriepolitik, sondern erfordert ein Konzept, das diverse Massnahmen umfasst. Das einzige, was der Bund im Moment macht, ist planloser Preisdruck – nach dem Motto: Schrauben wir mal an den Preisen und schauen, ob die Versorgung dann noch funktioniert. Eigentlich sollte ja die Versorgung der Patient:innen oberste Priorität haben. Würde man meinen. Ich habe bei Bund und Kantonen meine Zweifel. Preispolitik und Versorgung gehören in weiten Teilen zusammen, auch wenn man es nicht gerne hört und der Preis bei Weitem nicht die einzige Lösungsmöglichkeit ist.

18'387'000'000

Franken beträgt der Anstieg des realen Bruttoinlandprodukts (BIP) in der Schweiz laut den Prognosen für 2021. Das entspricht einem Anstieg von 3,2 Prozent. Gründe dafür sind die Erholung der Konsumnachfrage und der Exportwirtschaft.

COMPARIPEDIA

Zwangsabgaben

Der Begriff **Zwangsabgaben** beschreibt alle Ausgaben (**Steuern, Gebühren und Beiträge**), die nicht freiwillig getätigt werden. Den grössten Anteil machen dabei in der Schweiz Steuern, Krankenkassenprämien und andere Sozialversicherungsbeiträge aus. Gebühren und Beiträge werden für Radio/TV, Kehricht (Grund- und Sackgebühren) etc. bezahlt. **Steuern** sind Geldleistungen von allen steuerpflichtigen, natürlichen und juristischen Personen an öffentlich-rechtliche Gemeinwesen, ohne Anspruch auf individuelle Gegenleistungen. **Gebühren** und **Beiträge** werden aufgabenbezogen bzw. zweckgebunden verwendet und dürfen nicht höher als kostendeckend sein. Die wachsenden Staatsaufgaben machen aus Zwangsabgaben einen permanenten Streitpunkt. Um den Anstieg der Steuerlast zu bremsen, weichen öffentlich-rechtliche Gemeinwesen gerne auf Gebühren und Beiträge aus.

IMPRESSUM

Herausgeber: comparis.ch,
Birmensdorferstrasse 108, 8003 Zürich
Design: comparis.ch
Übersetzung: comparis.ch
Reaktionen: media@comparis.ch
www.comparis.ch